Redaktion, Druck und Verlag
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr 3.,
Mitredakteur: R. Hahn.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 20. Abendblatt. Mittwoch, den 13. Januar 1869.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Einunddreißigste Sitzung vom 12. Januar.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min.

Am Ministertische: v. d. Heydt und mehrere Regierungs-Kommissare.

Die Kommission zur Vorberathung des Gesetz-Entwurfes, betreffend die Abänderung der Verordnung wegen des Judenwesens in der Provinz Posen, ist gewählt und hat sich konstituirt. Vorsitzender ist der Abg. Kosch, dessen Stellvertreter der Abg. Eichmann, Schriftführer der Abg. Struckmann und dessen Stellvertreter der Abg. Havenstein.

Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten wird in die Tagesordnung eingetreten. Erster Gegenstand derselben ist der Bericht der Finanz-Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend Abänderungen und Ergänzungen über die künftige Behandlung der auf mehreren der neuen Landestheile haftenden Staatsschulden vom 29. Februar 1868.

Der Gesetzentwurf hat den Zweck, gewisse Unzuträglichkeiten und Härten, welche sich bei der Ausführung des Gesetzes vom 29. Februar v. J. herausgestellt haben, thunlichst zu beseitigen, und die Kommission empfiehlt durch ihren Berichterstatter Abg. v. Dechend die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage.

In der General-Diskussion erklärt sich der Abg. v. Lattorf gegen die Vorlage, weil dieselbe gerade das Gegentheil von dem besage, was das Gesetz vom 29. Februar v. J. vorschreibe. Das Haus hätte sich der Konsequenzen seines früheren Beschlusses bewußt sein müssen und dürfe sich deshalb nicht ein Testimonium paupertatis ausstellen. Ein Unrecht sei durch das Gesetz vom 29. Februar v. J. nicht begangen und die Annahme der gegenwärtigen Vorlage würde nur ein Schwanken in dem Rechtsbewußtsein des Volkes zur Folge haben.

Abg. Lauenstein erörtert zunächst die Rechtsfrage. Nach den früheren hannoverschen Gesetzen sollten die hannoverschen Landesobligationen und Eisenbahnschulden durch Ausloosung zum vollen Nennwerthe getilgt werden. Die Staatsgläubiger hätten die Ausführung dieser gesetzlichen Bestimmungen zu verlangen; es stehe ihnen ein im Wege der Klage verfolgbarer Rechtstitel zur Seite. Das Gesetz vom 29. Februar v. J. bestimme im §. 2, daß für die Staatsschulden der neuen Landestheile dieselben Vorschriften gelten sollen, wie für die altpreußischen Staatsschulden. Dazu gehöre, daß die Staatsanleihen nicht durch Verloosung, sondern durch Ankauf aus freier Hand getilgt werden sollen. Hierdurch würden die Staatsgläubiger benachtheiligt. Um dieses Unrecht zu repariren, bleibe nichts Anderes übrig als der Weg der Gesetzgebung.

Finanzminister v. d. Heydt: Als das Gesetz vom 29. Februar v. J. zur Berathung vorgelegt wurde, lag Nichts vor, was uns verhinderte, zu bestimmen, daß die Verwaltung der Staatsschulden in den neuen Provinzen eben so behandelt werden sollen, wie in den alten Provinzen. Es wurde aber im §. 3 ausdrücklich bestimmt, daß in den Rechten der Staatsgläubiger nichts geändert werden solle. Dieses Gesetz wurde berathen unter Mitwirkung der Abgeordneten aus Hannover, und es ist damals von keiner Seite ein Einwand gegen den Gesetzentwurf erfolgt. Erst nachdem die Hauptverwaltung der Staatsschulden den Ankauf statt der Ausloosung verordnete, sind die Remonstrationen aus der Provinz Hannover erfolgt. Die Hauptverwaltung der Staatsschulden glaubte nach gewissenhafter Erwägung ihre Anordnungen aufrecht erhalten zu müssen. Andererseits ergab sich in der Provinz Hannover in allen Klassen der Bevölkerung nicht nur eine Mißstimmung, sondern ein Gefühl eines Rechtsbruches kund und es wurde dies durch zahlreiche Petitionen fast aller Handelskammern und Behörden zur Kenntniß der Regierung gebracht. Der Regierung konnte dieses Gefühl nicht gleichgültig sein und da die Hauptverwaltung der Staatsschulden unabhängig ist, so blieb nichts übrig, als die Vorlage dieses Gesetzes, welches den Zweck hat, dem Gefühl des Rechtsbruches und der Mißstimmung ein Ende zu machen. Die Regierung empfiehlt die Annahme dieses Gesetzes.

Die General-Diskussion wird geschlossen und der Gesetzentwurf ohne weitere Diskussion mit großer Majorität angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlußberathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Trauungssteuer im Gebiete des ehemaligen Kurfürstenthums Hessen.

Der Berichterstatter Abg. Gleim empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfes, die ohne weitere Diskussion erfolgt.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlußberathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Bestimmung der Vormünderordnung für das Herzogthum Schleswig vom 19. März 1742 über das Honorar der Vormünder. Auch dieser Gesetzentwurf wird ohne Diskussion, dem Antrage des Referenten Abg. Francke gemäß, angenommen.

Vierter Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlußberathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Geschlechtsvormundschaft in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein.

Der Referent Abg. Struckmann beantragt Annahme des Gesetzentwurfes; dieselbe erfolgt ohne Diskussion.

Fünfter Gegenstand der Tagesordnung: Schlußberathung über den Gesetz-Entwurf wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen für die Provinz Schleswig-Holstein.

Der Referent Abg. Francke empfiehlt die Annahme der Vorlage mit der Modifikation, daß bei Forderungen, die zur Zeit der Publikation dieses Gesetzes bereits fällig seien, die kürzere Verjährungsfrist erst mit dem 31. Dezember 1869 beginnt, während die Vorlage den 31. Dezember 1868 festsetzt. Der Referent macht für diese Abänderung den Umstand geltend, daß der 31. Dezember 1868 verflossen sei, und der Justizminister Dr. Leonhardt erklärt diese Abänderung für selbstverständlich. — Der Gesetz-Entwurf wird mit dieser Abänderung angenommen.

Abg. Bähr (Kassel) hat hierzu folgenden Zusatz-Antrag gestellt: „Die Staatsregierung aufzufordern, gleichzeitig mit der Publikation des Gesetzes die darin in Bezug genommene altpreußische Verordnung vom 6. Juli 1845 in der Provinz Schleswig-Holstein ordnungsmäßig zu publiziren."

Der Justizminister Dr. Leonhardt erklärt, daß die Staatsregierung für die Publikation Sorge tragen werde.

Abg. Bähr zieht in Folge dessen den Antrag zurück; Abg. Francke nimmt ihn wieder auf, weil der Justizminister sich nicht über die Form erklärt habe, in der die Publikation erfolgen solle.

Justizminister Dr. Leonhardt: Die Publikation werde durch das Amtsblatt erfolgen, und weil die Sache so sehr das öffentliche Leben berühre, vielleicht auch noch in anderer zweckmäßiger Weise.

Abg. Francke zieht den Antrag hierauf ebenfalls zurück.

Sechster Gegenstand der Tagesordnung: Vorberathung über deu Gesetz-Entwurf, betreffend die Uebereignung der Dotationsfonds der Hülfskassen an die provinzial- und kommunalständischen Verbände der acht älteren Provinzen der Monarchie.

Der Gesetz-Entwurf, aus zwei Paragraphen bestehend, überweist den provinzial- und kommunalständischen Verbänden der acht älteren Provinzen der Monarchie die denselben zur Errichtung von Hülfskassen auf Grund der Königlichen Botschaft vom 7. April 1847 zinsfrei gewährten Fonds von zusammen 2 Millionen in Staatsschuldscheinen und 500,000 Thlr. baar als ein ihnen gehöriges und von ihnen zu verwaltendes Vermögen. Nach §. 2 soll den Vertretungen der provinzial- und kommunalständischen Verbände die freie Verfügung über den gesammten Zinsgewinn der Hülfskassen, sowie über die, den ursprünglichen Dotationsfonds hinzugewachsenen Kapitalbestände zu gemeinnützigen Zwecken freistehen, während die Dotationsfonds selbst als Kapitalbestände zu erhalten sind.

Abg. v. Hoverbeck beantragt: 1) den Schluß des §. 1 dahin zu fassen: „den betreffenden Provinzen gehöriges und einstweilen bis zur gesetzlichen Einführung der in der Verfassung vorgesehenen Provinzialvertretung, von den genannten Verbänden zu verwaltendes Vermögen überwiesen."

2) §. 2 folgendermaßen zu fassen: „Bis dahin steht den Vertretungen der provinzial- und kommunalständischen Verbände zu gemeinnützigen Zwecken im Interesse der Provinz die freie Verfügung über den gesammten Zinsgewinn der Hülfskassen zu, während die Dotationsfonds selbst als Kapitalbestände zu erhalten sind." — In der General-Diskussion erklärt sich der Abg. v. Kardorff gegen das Amendement v. Hoverbeck, weil er dadurch das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet sieht.

Abg. v. Hoverbeck befürwortet seinen Antrag. Die gegenwärtigen Kommunalstände seien verbraucht, und man dürfe ihnen daher nicht größere Rechte einräumen. Nichts aber würde die Macht einer absterbenden Körperschaft mehr von Neuem beleben, als die Ueberweisung von Vermögen.

Der Reg.-Komm. Landrath Persius bekämpft den Hoverbeck'schen Antrag, weil die Staatsregierung über die künftige Provinzial-Vertretung noch nicht schlüssig geworden sei.

Abg. Graf Schwerin für den Hoverbeck'schen Antrag, weil derselbe theilweise selbstverständlich, theilweise nothwendig sei. Von Provinzial- und Kommunalständen werde künftig nicht mehr die Rede sein können. Die bisherigen Verbände vertreten, wie überall anerkannt werde, nicht die Interessen der Provinz, und deshalb könne denselben ein solches Vermögen nicht überwiesen werden.

Abg. Graf Eulenburg empfiehlt gleichfalls im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes die Verwerfung des Antrages, während Abg. Lasker denselben empfiehlt. Das Zustandekommen nützlicher Gesetze sei allerdings stets großen Schwierigkeiten unterworfen, sobald man sich über die Prinzipien nicht einigen könne.

Die Diskussion wird geschlossen und der Gesetz-Entwurf mit dem Amendement von Hoverbeck angenommen. (Schluß folgt.)

Deutschland.

□ **Berlin**, 12. Januar. Ein Pariser Korrespondent der „Köln. Ztg." theilt als Gerücht mit, daß der preußische Bevollmächtigte nicht mit hinreichenden Instruktionen für die Konferenz versehen gewesen wäre und daß die zweite Sitzung derselben daher auf Dienstag hätte verschoben werden müssen. Die „Köln. Ztg." bemerkt mit Recht hierzu, daß der preußische Bevollmächtigte, da die Konferenz von Preußen angeregt worden sei, jedenfalls auch die nöthigen Instruktionen gehabt haben würde, und wir wollen dem nur noch hinzufügen, daß, falls wirklich Anfragen von Seiten des preuß. Bevollmächtigten an die hiesige Regierung nachträglich nöthig geworden wären, dieselben bei dem raschen telegraphischen Verkehr so schnell hätten erledigt werden können, daß von einer Vertagung der Konferenz keine Rede hätte zu sein brauchen. Das Gerücht ist also hinfällig und stammt jedenfalls von österreichischer Seite her, von wo aus insinuirt werden soll, daß Preußen die Konferenz verzögert habe. — Die „Neue freie Presse" tritt in einem Artikel für eine Personal-Union zwischen Ungarn und Oesterreich auf und verlangt nur als Gegenleistung dafür, daß Ungarn die Hand dazu biete, daß Oesterreich in ein Bundesverhältniß mit Süddeutschland treten kann. Diese Bestrebungen als das Ziel der österreichischen Politik, sind von der offiziösen österreichischen bisher immer entschieden in Abrede gestellt worden, und es muß Wunder nehmen, daß sie jetzt so offen proklamirt werden. Wenn Etwas eine kriegerische Politik Oesterreichs in sich schließt, so sind es vor allen diese Bestrebungen, denn mit ihrer Verwirklichung würden die Stipulationen des Prager Friedens geradezu über den Haufen geworfen werden. — Es ist jetzt der schwedische General-Direktor der Posten Roos hier anwesend und hat seit Sonnabend den 9. Januar mit dem diesseitigen General-Post-Direktor v. Philipsborn Besprechungen wegen postalischer Verhältnisse, an welchen auch der Geh. Oberpostrath Stephan Theil nimmt. Gleichzeitig sind die Ober-Post-Direktoren von Potsdam, Halle und Stralsund hierher zu Konferenzen unter dem Vorsitze des General-Post-Direktors v. Philipsborn berufen, welchen auch der hiesige Ober-Post-Direktor Sachse beiwohnt. Zu den Fragen, welche von denselben diskutirt werden sollen, wird auch die Postverbindung auf der Ostsee gehören. — Die parlamentarische Situation ist durch die letzten Verhandlungen der Budget-Kommission vielfach geklärt worden. Die Erwartung, daß in Betreff des Lasker'schen Antrages durch die Kommissions-Berathungen eine Verständigung zwischen der Regierung und den gemäßigten Fraktionen erzielt werden würde, ist in Erfüllung gegangen. Man hat den Weg gefunden, den Lasker'schen Antrag zu erledigen und namentlich diejenigen Forderungen desselben zu beseitigen, die zu einer Kollision mit der Regierung hätten führen müssen, da sie die Zustimmung derselben nicht erhalten konnten. Was die Frage wegen des zwischen der Regierung und der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrags betrifft, so hat die Regierung denselben der Budget-Kommission resp. dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnißnahme vorgelegt und die Budget-Kommission beantragt, die Entlastung der Regierung in Bezug auf den Vertrag auszusprechen. Es handelt sich also um eine Entlastung, nicht um eine Genehmigung des Vertrags. Eine Genehmigung konnte die Regierung nicht nachsuchen, weil die Anerkennung des Vertrages prinzipiell durch die Indemnität ausgesprochen worden ist und weil die Regierung den Vertrag nachträglich nicht durch eine Vorlage in Frage stellen konnte, denn wer eine Genehmigung verlangt, muß auch eine Ablehnung erwarten. Gegen den Antrag auf Entlastung hat die Regierung keine Schwierigkeiten erhoben, da hierdurch jedenfalls mehrere Stimmen gewonnen worden, die früher die Genehmigung verlangt haben. Nachdem dieser Stein des Anstoßes namentlich auch mit, wie anerkannt werden muß, durch die vermittelnde Thätigkeit des Präsidenten v. Forckenbeck, aus dem Wege geräumt ist, wird die Schlußberathung des Etats jedenfalls kein Hinderniß weiter erfahren und wahrscheinlich in ein oder zwei Tagen erledigt werden. Wie es die Absicht der Regierung ist, so scheint es auch die der Mehrheit des Abgeordnetenhauses immer mehr zu werden, daß die Ergebnisse der Vorberathung ohne Weiterungen im Ganzen und Großen angenommen werden. — An dem landwirthschaftlichen Institut der Universität Halle studiren in dem jetzigen Wintersemester 197 Landwirthe, wovon auf Preußen 121, auf das übrige Deutschland 57, auf Rußland 10, auf Oesterreich und die Schweiz je 3, auf Ungarn 2 und auf Griechenland 3 kommen.

Berlin, 13. Januar. Se. Majestät der König erschien am Montag mit den hohen Herrschaften in der Oper, empfing gestern Vormittags den Gouverneur von Stettin, General der Infanterie v. Borcke, den Kommandeur der 19. Infanterie-Brigade, General v. Tiedemann, und andere höhere Militärs, arbeitete hierauf einige Stunden mit dem Chef des Militär-Kabinets v. Treskow; ertheilte dem Ober-Jägermeister Grafen v. d. Asseburg Audienz und konferirte nach einer Ausfahrt mit dem Unterstaatssekretär v. Thile.

— Der Prinz und die Prinzessin Wales werden am 17. im Kronprinzlichen Palais erwartet, Tags darauf soll ihnen zu Ehren große Tafel stattfinden. — Die Prinzen Albrecht, Vater und Sohn, der Prinz Friedrich Karl, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, der Minister-Präsident Graf Bismarck sind von den Jagden bei Pritzerbe gestern Abend über Brandenburg hierher zurückgekehrt.

△ **Von der Elbe**, im Januar. So unwahr es ist, das abgelaufene Jahr als ein vergebliches zu bezeichneu, ebenso widerstreitet es der Wahrheit, wenn man dem neuen ungünstige Vorzeichen stellen will. Im verflossenen Jahre konnte allerdings nur langsam vorangeschritten werden, weil überhaupt außerordentliche Großthaten wie die von 1866 nicht allzu oft sich wiederholen und es wäre gar kein Unglück, wenn die nächste Zeit nichts weiter brächte, als den langsamen aber sicheren Fortschritt. Dieses kann eigentlich aber nur dann stattfinden, wenn Preußens Politik weder in- noch außerhalb Deutschlands Gegensätze findet. Die Wahrscheinlichkeit ist dafür, daß dem so sein wird. Frankreich hat sich in der türkisch-griechischen Angelegenheit dem preußischen Vorschlage bereitwillig angeschlossen und zeigt durchaus keine Verstimmung über die deutsche Entwicklung, die doch unverkennbar schon im letzten Jahre vor sich gegangen ist. Alle Stimmen, die sich in Paris gegen die deutsche Politik Preußens erheben, gehen von welfischen oder föderativ-republikanischen Federn aus und in den Tuillerien finden sie gewiß keine Sympathie. Seltsamer Weise haben diese ihren Haupttummelplatz jetzt in Wien und die österreichische Reichskanzlerweisheit wird von den Anhängern der depossedirten Fürsten und den Föderativ-Republikanern angestaunt, vorzugsweise, weil dieselbe der preußischen Einigung Deutschlands entgegenarbeitet. Noch sind keine überzeugenden Anzeichen vorhanden, daß Frankreich wirklich den Zerfall Deutschlands wünscht, denn der Zerfall, der Untergang Deutschlands wäre die natürliche Vernichtung von Preußens Politik. Fassen wir nur gleich diese Wahrheit recht klar auf. Die Volkspartei, der Ultramontanismus und das Welfenthum arbeiten zusammen gegen Preußen. Bald halten die Reaktionärs in Hamburg, bald die Radikalen in Stuttgart Zusammenkünfte, gewissermaßen in gleicher Absicht, es wird auch schon den jetzigen Ministerien in München und Stuttgart entgegen getreten, weil diese von allen solchen Umtrieben nichts wissen wollen, in Wien blickt man mit günstigen Augen auf alle agitatorischen Bestrebungen, welche den Rückschritt vor 1866 fördern möchten — nur daß sie es nicht können. Die Parteien lernen nichts und das ist ein Glück für die gute Sache. Wenn Oesterreich etwas gelernt hätte, so triebe es jetzt nicht wieder die alte Habsburgische Politik. Wenn man in Hietzing eine Lehre angenommen hätte, so wäre man so ruhig, wie Neapel und Toskana. Könnte die sogenannte Volkspartei etwas lernen, so verschwände sie gleich von der Schaubühne. Wir müssen der Wahrheit gemäß bekennen, daß Preußen manche bittere Lehre im Laufe seiner Geschichte erhalten hat, es hat sie aber unter Gottes Segen benutzt und weiß, daß es doch immer nur ein Ziel zu erreichen gilt, die Einigung und Selbstständigkeit des Vaterlandes.

Hamburg, 11. Januar. Ueber die Verhaftung des bekannten Schriftstellers Wilhelm Marr sind in den Zeitungen verschiedene Nachrichten verbreitet. Zur Berichtigung resp. Ergänzung derselben theilen wir Folgendes mit. In der Sylvester-Extranummer zu den von W. Marr herausgegebenen „Hamburger Montagsnachrichten" war ein Artikel „Mikroskopische Studien" enthalten, welcher in seiner scharfen Satyre und Kritik die Aufmerksamkeit der Polizeibehörde erregte. Die letztere verfügte die Beschlagnahme dieser Nummer und bei näherer Recherche stellte sich heraus, daß derselbe Artikel bereits vor beinahe einem halben Jahre in den „Montagsrichten" publizirt worden war. Der Polizei öffneten sich nun erst die Augen und die Aufrichtigkeit Marr's verurtheilte ihn in nicht weniger als 28 Preßprozesse. Am Freitag voriger Woche war der Attentäter, als Autor, und der als faktischer Redakteur der „Montagsnachrichten" fungirende O. F. Reimann in Altona, in der Voruntersuchung zur Feststellung des Thatbestandes, vor den Kriminalaktuar Dr. Engel geladen. Nach einer Vernehmung zu Protokoll verlangte der Polizeichef als Untersuchungsrichter nach Einsicht der Akten eine eidliche

Kaution dahin, daß die Citaten sich nicht aus Hamburg entfernen wollten, bis die Preßprozesse erledigt seien. Marr wünschte, bevor er sich auf die juristische Kaution einlasse, den Rath eines Sachverständigen zu hören und wurde auf seinen Wunsch der Advokat Dr. Banks herbeigeholt. Dieser rieth, da er die Leistung der juratischen Kaution nicht für gerechtfertigt hielt, von derselben ab und hierauf erklärte sich der Polizeichef bereit, auch mit einer Geldkaution von 1000 Thaler für jeden der Citaten zufrieden sein zu wollen. Als diese nicht sofort zur Stelle beschafft werden konnte, verfügte man die „Sicherheitshaft“ gegen beide Personen. Von dem Anwalt Dr. Banks wurde noch an demselben Abend eine Supplik und Beschwerde an das Obergericht eingereicht. Bezüglich Marr's mochte die Polizei zu diesem mehr als auffälligen Verfahren deshalb gekommen sein, weil sich die Nachricht verbreitet hatte, er wolle nach der Schweiz oder nach Italien übersiedeln und daher von der Polizei ein „Ausrücken“ befürchtet wurde. Marr war der Polizei und der hiesigen Geldaristokratie seit langer Zeit, wie alle Diejenigen ein Dorn im Auge, welche gegen die tiefen Schäden unserer zopfreichen Verwaltung ankämpften. Sie wollte ihn nicht von dannen ziehen lassen, ohne ihm noch vorher einen Denkzettel gegeben zu haben.

Stuttgart, 10. Januar. Die Ernennungen und Vorbereitungen für Einführung der neuen Gerichtsorganisation sind nun alle erfolgt, so daß dieselbe, wie bestimmt worden, bis 1. Februar ins Leben treten kann, an welchem Tage sämmtliche bisherigen Gerichte und Gerichtshöfe ihre Funktionen einzustellen und die neuorganisirten an ihre Stelle zu treten haben. Statt der bisherigen vier Kreisgerichtshöfe haben wir dann deren acht, wovon einer in Stuttgart, das bisher keinen Gerichtshof gehabt hatte. Hierfür hat die Stadtgemeinde Stuttgart das Lokal dem Staate zur Verfügung gestellt und einrichten lassen. Die Stadt hat dazu den früheren ersten Gasthof Stuttgarts, den „König von England“, angekauft, in dem einst Kaiser und Könige verkehrten, und wo jetzt die Justiz ihren Thron aufschlagen wird. Dagegen werden nun die bis jetzt getrennt bestehenden beiden Bezirksgerichte des Stadtdirektionsbezirks, das Stadtgericht und das Kriminalamt, die bisher jedes seinen eigenen Vorstand hatten, unter Einen Vorstand vereinigt, aber wiederum in 3 Abtheilungen zerfallen, deren jede einen Oberamtsrichter zum Vorstand hat, die aber sämmtlich unter der Oberaufsicht des Stadtrichters stehen. Von diesen drei Abtheilungen hat die erste, unmittelbar dem Stadtrichter untergebene, die Civilprozesse, die zweite die Handelsangelegenheiten und die dritte die Strafsachen zu erledigen.

Ausland.

Wien, 12. Januar. Wiener Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Konstantinopel vom heutigen Tage, worin die Gefangennahme aller Mitglieder der provisorischen Regierung auf Kandia bestätigt wird. Vier derselben sollen gefallen sein. Auch seien die Archive mit zahlreichen kompromittirenden Korrespondenzen aufgefunden worden.

Pesth, 12. Januar. Es heißt, daß der Minister für öffentliche Arbeiten, Graf Mikò de Hidvég, und der Minister für Landwirthschaft, Industrie und Handel, v. Gorove, ihre Portefeuilles tauschen werden.

Paris, 12. Januar. Die „France“ bestätigt, daß Rangabe noch keine Instruktionen erhalten und daß Griechenland die Aufforderung, den status quo aufrecht zu erhalten, noch nicht beantwortet habe. Die Konferenz hält heute trotz der Abwesenheit Rangabe's ihre zweite Sitzung. — „France“ glaubt, daß bei dieser Lage der Dinge die Berathungen der Konferenz lediglich auf eine Erklärung der Prinzipien des Völkerrechts und die Aufforderung an die Türkei und Griechenland, denselben beizutreten, hinauslaufen werden. — Der französische Gesandte in Athen ist beauftragt worden, den Mächten, welche den Pariser Friedensvertrag von 1856 unterzeichnet haben, eine Auseinandersetzung über die griechisch-türkische Differenz zu geben.

Madrid. Nächstens wird der Marstall der Königin von Spanien hier verauktionirt. Es sind circa 400 Thiere, Pferde und Maulesel, und beinahe ebenso viele Karossen, von denen viele einen historischen Ursprung haben. Die Ställe der spanischen Krone sind sehr berühmt, und wer nach Madrid kommt, versäumt es selten, diesen Marstall zu besuchen, der eben so sehenswerth ist als das Arsenal. Beiläufig gesagt hat der „Gaulois“ in einem Artikel, in dem er von einer Staatskutsche spricht, welche der tollen Johanna, der Mutter Karls des Fünften, gehört haben soll, sich einen recht hübschen lapsus gestattet. Er behauptet, die Malerei an dieser Karosse sei von Murillo angefertigt. Nun starb aber Johanna schon 1555, während Murillo erst 1618 geboren ist.

Madrid, 12. Januar. Die amtliche „Gazeta de Madrid“ veröffentlicht ein von allen Mitgliedern der provisorischen Regierung unterzeichnetes Manifest an die Wähler, worin dieselbe die Anerkennung beansprucht, daß sie bemüht gewesen, die beim Beginn der Revolution gemachten Versprechen zu erfüllen. Die Regierung bringt ihre Handlungen, Verfügungen und alle von ihr in Gemäßheit ihres Programms ergriffenen Maßregeln in Erinnerung und verspricht bedeutende Verbesserungen in den Finanzen, Ersparnisse, die Aufhebung der Staatsmonopole, der Einfuhrverbote und die Beseitigung der Hindernisse, welche der Entwickelung der Industrie und des Handels im Wege standen. Während der Wahlen werde die Regierung die vollständigste Neutralität beobachten; sie empfiehlt die Vereinigung aller wahrhaft liberalen Parteien und versichert wiederholentlich, daß sie die Entscheidung der Kortes respektiren werde, daß sie jedoch annehme, die Monarchie würde die Zukunft des Landes besser sichern, als jede andere Regierungsform. — Die „Gazeta“ veröffentlicht ferner einen Bericht über den Kampf in Malaga, wonach bei demselben 40 Offiziere und Soldaten getödtet, 211 verwundet sind.

Kopenhagen, 9. Januar. Heute berichten die Blätter der Hauptstadt über das gestern Abend vom hiesigen russischen Gesandten, Baron de Mohrenheim, zu Ehren der Königlichen Familie gegebene Fest, welches als außerordentlich glänzend geschildert wird. Das am Königs-Neumarkt belegene Gesandtschaftshotel war mit farbigen Lampen geschmackvoll dekorirt und mit dänischen, russischen und englischen Flaggen geschmückt. Ueber der Einfahrt sah man die Buchstaben C. L. im Transparent. Der große Treppengang, welcher zu den prachtvollen Gesellschaftsräumen des Hotels führt, war sehr reich mit Flaggen dekorirt, und im eleganten Tanzsaale hingen die Portraits des Kaisers und der Kaiserin von Rußland. Gegen 10 Uhr erschien die Königliche Familie, bei deren Eintritt im Ballsaale das Orchester: „Kong Christian stod ved höien Mast“ spielte. Darauf wurde der Ball mit einem Walzer eröffnet. Der Kronprinz führte seine Schwester, die Prinzessin Alexandra, und der Prinz von Wales die Gemahlin des russischen Gesandten, Baronesse de Mohrenheim. In der demnächst folgenden Quadrille führte der König die Baronesse, während die Königin vom Gesandten und Prinzessin Alexandra vom russischen Legationssekretär Herrn von Ozeroff geführt wurde; der Kronprinz tanzte die Quadrille mit der Lehnsgräfin Frijs-Frijsenborg und der Prinz von Wales mit der Lehnsgräfin Moltke-Bregentved. Unter den zahlreichen Gästen bemerkte man die Mitglieder des Corps diplomatique, den Konseilspräsidenten, den Minister des Innern und den Finanzminister, die Präsidenten der beiden Reichstagskammern und eine große Anzahl der hiesigen Notabilitäten, sowohl Politiker als Literaten und Künstler.

Amerika. Ueber den Aufstand auf Cuba werden Telegramme in Newyorker Blättern vom 28. und 29. Dezember veröffentlicht, die sich sehr widersprechen. Die Regierung macht durch die „Gaceta“ bekannt, daß die Truppen nach der Schlacht bei Moron große Strychnin-Vorräthe unter dem erbeuteten Gepäcke der Aufständischen vorfanden, welche zur Vergiftung der spanischen Truppen bestimmt gewesen seien. Den amtlichen Angaben zufolge war der Sieg der Regierung in dieser Schlacht ein vollständiger; die Truppen verloren 1 Todten und acht Verwundete. Der Verlust der Aufständischen ist nicht bestimmt angegeben und nur gesagt, daß sie mehrere 100 Pferde verloren. Von der andern Seite dagegen heißt es, daß die Truppen schwere Verluste erlitten, aber nicht die sämmtlichen Waffen und Kriegsvorräthe der Aufständischen wegnahmen. General Latorre begab sich am 26. mit einer Truppenabtheilung nach Santiago, nachdem am 18. daselbst schon 800 Flibustier gelandet sein sollen. Die Regierung — so heißt — soll auf diesem Theile der Insel nur 1800 Mann Truppen haben, welche von 10,000 Aufständischen eingeschlossen sind. Die Tagelöhner haben nichts zu essen, und müssen sich daher der Revolution anschließen. Die Behörden haben kein Geld und bezahlen Niemanden. Aus Manzanilla wird vom 20. Dezember gemeldet, daß die regulären Truppen, 600 Mann stark, von den Aufständischen eingeschlossen sind, daß es den Truppen an genügenden Lebensmitteln fehlt und die Cholera unter ihnen ausgebrochen ist. Die Kolonne Valmesada's befand sich auf dem Marsche von Nuevitas nach dem Innern.

Pommern.

Stettin, 13. Januar. Nach dem neuesten „Milit.-Wochenbl.“ ist: v. Alemann, Pr.-Lt. vom ostpr. Train-Bat. Nr. 1, zum pomm. Train-Bat. Nr. 2, Jacobi, Sek.-Lt. vom pomm. Train-Bat Nr. 2, zum rhein. Train-Bat. Nr. 8, v. Eckartsberg, Hauptm. und erster Depot-Off. vom pomm. Train-Bat. Nr. 2, in gleicher Eigenschaft zum westph. Train-Bat. Nr. 7, Lüßmann, Hauptm. und zweiter Depot-Off. v. niederschlesischen Train-Bat. Nr. 5, unter Ernennung zum ersten Depot-Off., zum pomm. Train-Bat. Nr. 2, versetzt; v. Krause II., Sek.-Lt. vom Kür.-Regiment Königin (pomm.) Nr. 2, zum überzähl. Pr.-Lt., Friedersdorf, Vice-Feldw. vom 2. Bat. (Schneidemühl) 3. pomm. Landw.-Regts. Nr. 14, zum Sek.-Lt. der Ref. des pomm. Pion.-Bats. Nr. 2 befördert; Dr. Kober, Assistenzarzt vom 1. Bat. (Anclam) 1. pomm. Landw.-Regts. Nr. 2, diesem mit Pens., Dr. Pernice, Assistenzarzt von dems. Bat., Dr. Salomon, Assistenzarzt vom Ref.-Landw.-Bat. Stettin Nr. 34, Dr. Weiß, Assistenzarzt vom 2. Bat. (D. Crone) 4. pommerschen Landw.-Regts. Nr. 21, der Abschied bewilligt; Dr. Bamberg, Assistenzarzt vom 2. Bat. (Marburg) 3. hess. Landw.-Regts. Nr. 83, zum 2. Bat. (Stralsund) 1. pomm. Landw.-Regts. Nr. 2, Dr. Lindenau, Assistenzarzt der Seewehr vom 1. Bat. (Graudenz) 4. ostpr. Landw.-Regts. Nr. 5, zum 2. Bat. (Pr. Stargardt) 8. pomm. Landw.-Regts. Nr. 61, Dr. Steffen, Stabsarzt vom 1. Bat. (Schivelbein) 2. pomm. Landwehr-Regts. Nr. 9, zum 1. Bat. (Landsberg) 5. brandenb. Landwehr-Regts. Nr. 48, Dr. Benedix, Stabsarzt vom 2. Bat. (Cöslin) 2. pomm. Landw.-Regts. Nr. 9, zum 2. Bat. (Oels) 3. niederschl. Landw.-Regts. Nr. 50, versetzt; Wilsdorf, Roßarzt beim Remonte-Depot in Treptow a. R., auf seinen Antrag vom 1. Januar 1869 ab mit der erdienten Pension in den Ruhestand versetzt.

— Ueber die während des vorigen Jahres im Heerwesen und in der Kriegsverwaltung vorgekommenen Veränderungen und Verbesserungen geben die militärischen Blätter einen Rückblick, worin angeführt wird, daß die Artillerie nunmehr durchweg mit gezogenen Geschützen versehen ist und die Fußabtheilungen der Art eingetheilt sind, daß eine jede aus zwei vierpfündigen und zwei sechspfündigen Batterieen besteht.

— Während des vorigen Jahres sind in unserem Hafen eingekommen: 2030 See-Segelschiffe, 817 See-Dampfschiffe, 1553 Revier-Dampfschiffe, 822 Fluß-Dampfschiffe, 1874 Küsten- und Binnenfahrzeuge, 8036 Kähne, zusammen 15,132 Fahrzeuge mit 589,206 Lasten Tragfähigkeit. Unter den eingekommenen Seeschiffen und Seedampfern befanden sich: 1547 Preußen, 560 Engländer, 305 Dänen, 194 Norweger, 112 Holländer, 93 Schweden, 17 Franzosen, 15 Russen und 4 Amerikaner. — An Kähnen allein sind 212 Stück mit 7901 Lasten mehr als 1867 eingetroffen. Gemeldet sind pro 1868 auf inländischen Seeschiffen 7846, auf ausländischen Seeschiffen 7401, auf Küsten- und Binnenfahrzeugen 4412, auf Kähnen 22,773, überhaupt 42,432 Personen (3933 mehr als 1867.)

— Vergleichende Zusammenstellung der Betriebs-Einnahmen: I. der Stammbahn Berlin-Stettin-Stargard: Im Monat Dezember 1868 187,175 Thlr., im Monat Dezember 1867 220,711 Thlr., mithin im Monat Dezbr. 1868 weniger 33,536 Thlr., überhaupt im Jahre 1868 gegen 1867 mehr 29,448 Thlr.; II. der Zweigbahn Stargard - Cöslin - Colberg: Im Monat Dezember 1868 44,676 Thlr., im Monat Dezember 1867 48,027 Thlr., mithin im Monat Dezember 1868 weniger 3351 Thlr., überhaupt im Jahre 1868 gegen 1867 mehr 17,779 Thlr.; III. der Vorpommerschen Zweigbahnen: Im Monat Dezember 1868 74,905 Thlr., im Monat Dezember 1867 78,809 Thlr., mithin im Monat Dezember 1868 weniger 3904 Thlr., überhaupt im Jahre 1868 gegen 1867 mehr 22,266 Thaler.

— Laut amtlicher Bekanntmachung findet die Einstellung einjährig Freiwilliger bei der Maschinen-Kompagnie der Werft-Division nur am 1. Februar, bei der Flotten-Stamm-Division nur am 1. April, beim See-Bataillon, bei der See-Artillerie-Abtheilung und bei der Handwerks-Kompagnie der Werft-Division nur am 1. Oktober jeden Jahres statt.

— Die Doppelrechnung von Kriegsjahren bei Versorgungsansprüchen hat bei der Klasse der Militäranwärter wiederholt Zweifel hervorgerufen, in wie weit obige Bestimmung ihre Anwendung findet. Zur Behebung solcher Bedenken ist zur Kenntniß der Armee gebracht, daß in Auslegung der Königlichen Ordre vom 21. April 1825, für die Erwerbung der Civil-Anstellungsberechtigung ohne Invaliditätsnachweis die Kriegsjahre nicht doppelt gerechnet werden dürfen.

— Die städtische Feuerwehr ist im Laufe des Jahres 1868 73 Mal allarmirt und 38 Mal in Thätigkeit gekommen. Dabei handelte es sich um 4 große, 11 mittlere, 5 kleine und 18 ohne Hülfe der Spritzen gelöschte Feuer; 14 Mal war der Lärm blind und 21 Mal waren bloße Schornsteinbrände die Veranlassung.

Vermischtes.

Berlin. Das Jubiläum des 25jährigen Bestehens des Kroll'schen Etablissements soll, wie bereits oberflächlich mitgetheilt, am 15. Februar d. J. gefeiert werden, und zwar, wie wir jetzt weiter hören, — nicht blos zu einem wohlthätigen Zwecke, sondern auch in einer Art und Weise, die der Eröffnung desselben vor 25 Jahren entspricht, nämlich am 15. Februar mit einem großen Konzert nebst Festvorstellung und am 17. Februar mit einem Ball. Der volle Ertrag des ersteren Abends, ohne Abzug irgend welcher Kosten, ist zu einem Sechstel als Benefiz für die beiden einzigen Angestellten des Etablissements bestimmt, welche demselben seit seiner Eröffnung bis jetzt angehört haben, nämlich des Kassirers Kliemeck und des Inspektors Koschmieder, zu fünf Sechsteln aber für den Pensionsfonds der hiesigen Feuerwehr, in Anbetracht des großen Dienstes, den die Feuerwehr den hiesigen Theatern leistet.

Dresden. Die „Dresdner Nachrichten“ schreiben: Die wohllöbliche hannöversche Polizei rackert sich noch immer mit den hannöverschen Straßenjungen ab, welche das „Kukukrufen“ nicht lassen können. Besagte Polizei kann gar nicht den Hebel'schen Hausfreund gelesen haben, sonst würde sie einen ganz anderen Weg einschlagen, den Kukuk zum Schweigen zu bringen. Der hannöversche Polizeioberst braucht es nur dem Juden im besagten Volksbüchlein nachzumachen. Der Herr Polizeimeister soll jedem Polizeimanne einen Beutel mit Kupferdreiern mitgeben und jedem Jungen, der Kukuk schreit, anstatt ihn abzufangen und einzusperren, einen Dreier verabreichen, und das ganzer drei Tage lang. Die Schreier würden nun auch den vierten Tag ihren Dreier haben wollen. Die Polizei zuckt bedauernd die Achseln mit der Antwort: Es wird kein Dreier mehr verabreicht! Was? ruft die hoffnungsreiche Jugend, keinen Dreier mehr? Da rufen wir auch nicht mehr! Ja, erwiedert die Polizei wiederum achselzuckend, zwingen können wir euch nicht! Da wäre der Schwindel mit einem Male alle.

— In **Leipzig** rüstet man sich bereits wieder zu dem großen Narrenfeste, als ob man an den beiden vorigen Jahrgängen noch nicht der Narrheit genug gehabt hätte. Ein Straßenkarneval im protestantischen Norden gleicht dem Karneval im katholischen Süden wie ein faulender Apfel einer duftenden Apfelsine. Zu einem wahren Karneval gehört vor Allem ein warmer Himmel, Phantasie und das warme Blut einer das Leben sehr leicht nehmenden Nation. An allen diesen Hauptingredienzien ist aber der nüchterne Sinn und hausbackene Verstand des Leipziger Klapperkastens, wie er vorm Jahre es zur Genüge bewiesen hat, geradezu bankerott. Die bannale Phrase: es kommt bei diesem kostspieligen Unsinn ja viel Geld unter die Leute, wird reichlich dadurch aufgehoben, daß weit mehr Menschen wieder veranlaßt werden, überflüssiger Weise Geld zu verausgaben. Man frage die Leihämter zu Zeiten der geschlossenen Maskenbälle; wie mag es bei einem öffentlichen Narrenfeste aussehen? — Kurz, es paßt sich für den ernsten norddeutschen Mann nicht, daß er öffentlich den Narren macht; es widerstrebt seiner Natur. Er überlasse dergleichen abgeschmackten Blödsinn leichtsinnigeren Völkern, die wenigstens das Geschick dazu haben.

— Folgende Todesanzeige ging vor einigen Tagen bei der betreffenden Behörde in Berlin ein: „Einer Wohllöbl. Hunde-Steuer-Behörde beehre ich mich hiermit die traurige Mittheilung zu machen, daß meine Hündin Nigger, Steuermarke Nr. 5397, gestern früh $9\frac{1}{4}$ Uhr nach längeren schweren Leiden sanft krepirt ist. Ich verliere an ihr eine treue Freundin, die Stadt 3 Thaler. Genehmigen Sie die Versicherung meiner Hochschätzung N. N.“

Telegr. Depeschen der Stett. Zeitung.

Berlin, 13. Januar. Die „Wiener Presse“ schreibt: Rußland räth Griechenland zur Nachgiebigkeit. Die Existenz des Ministeriums Bulgaris ist dadurch bedroht. Der Pariser Gesandte Rhangabe soll zur Neubildung des Ministeriums berufen werden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 13. Januar. Witterung: schön. Wind SO. Temperatur + 3 ° R.

An der Börse.

Weizen fester, pr. 2125 Pfd. loco ungar. geringer $59\frac{1}{3}$—62 Rt, mittlerer 63—64 Rt, feiner $64\frac{1}{2}$ bis $65\frac{1}{2}$ Rt, gelber inländ. 70—72 Rt, extra feiner $72\frac{1}{2}$ Rt, bunter poln. 68—71 Rt, weißer 73—75 Rt, 83—85pfd. Januar 70 Rt nom, Frühjahr $69\frac{1}{4}$, $69\frac{3}{4}$ Rt bez., $68\frac{3}{4}$ Gd u. Br., Mai-Juni $70\frac{1}{2}$ Rt Br.

Roggen steigend, per 2000 Pfd. loco 52—$52\frac{3}{4}$ Rt, pr. Januar 52 Rt Gd., Frühjahr $51\frac{3}{4}$, 52 Rt bez., $51\frac{3}{4}$ Br. u. Gd., Mai-Juni $52\frac{1}{8}$ Rt bez., $\frac{1}{4}$ Br.

Gerste flau und schwer verkäuflich, pr. 1750 Pfd. loco ung. ger. 42—$43\frac{1}{4}$ Rt, bessere $44\frac{1}{2}$—$45\frac{1}{2}$ Rt, feine $47\frac{1}{2}$ $48\frac{1}{2}$ Rt, pomm. 51—$52\frac{1}{2}$ Rt, Märker 53—54 Rt, 69—70 Pfd. schles. pr. Frühjahr $49\frac{1}{2}$ Br.

Hafer stiller, pr. 1300 Pfd. loco 34—35 Rt, 47—50pfd. Frühj. 35 Rt bez., Mai-Juni $35\frac{1}{2}$ Rt Br.

Erbsen loco etwas fester, Termine flau, pr. 2250 Pfd. loco Koch- 58—$58\frac{1}{2}$ Rt, Futter- $56\frac{1}{2}$ - 57 Rt, Frühj. Futter- $56\frac{1}{4}$ Rt Br

Mais loco 66 Sgr bez.

Winterrübsen per Septbr.-Oktbr. $78\frac{7}{8}$ Rt bez.

Winterrapps loco ab Bahn b. Kleinigk. 79 Rt bez.

Rüböl fest loco $9\frac{1}{3}$ Rt bez. u. Br., Januar-Febr. $9\frac{1}{3}$ Rt Br., $9\frac{1}{4}$ Gd, April-Mai $9\frac{7}{12}$ Rt bez. u. Gd., Septbr.-Oktbr. $9\frac{5}{6}$ Rt Br. u. Gd.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß $15\frac{1}{8}$ Rt bez., mit Faß $15\frac{7}{24}$ bez., per Januar-Februar $15\frac{1}{4}$ Rt Br., Frühjahr $15\frac{5}{8}$ bez., $15\frac{2}{3}$ Br.

Angemeldet: 30,000 Qrt. Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen 70, Roggen 52, Rüböl $9\frac{1}{3}$, Spiritus $15\frac{1}{6}$.

Landmarkt.

Weizen 64—72 Rt, Roggen 52—56 Rt, Gerste 50 54 Rt, Hafer 34 -36 Rt, Erbsen 56 - 58 Rt, Heu $12\frac{1}{2}$—$17\frac{1}{2}$ Sgr pr. Ctr., Stroh 7 9 Rt.

Stettin, den 13. Januar.

Hamburg	6 Tag.	$150\frac{3}{4}$ bz
„	2 Mt.	150 B
Amsterdam	3 Tag.	$142\frac{1}{8}$ G
„	2 Mt.	—
London	10Tag.	6 $24\frac{1}{2}$ bz
„	3 Mt.	6 23 B
Paris	10 Tg.	$81\frac{1}{12}$ bz
„	2 Mt.	$80\frac{1}{4}$ B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	—
„	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %
Sts.-Anl.5457	$4\frac{1}{2}$	—
„ „	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—
„ „	4	—
„ Rentenb.	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
„ Prior.	4	—
„ „	$4\frac{1}{2}$	—
Starg.-P. E.A.	$4\frac{1}{2}$	—
„ Prior.	4	—
St. Stadt-O.	$4\frac{1}{2}$	$92\frac{1}{2}$
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	—
Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	115 B
Pr. See-Assecuranz	4	—
Pomerania	4	120 B
Union	4	109 B
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	160 B
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower „	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	96 B
Germania		101 B
Vulkan		140 B
St. Dampfmühle	4	110 B
Pommerensd. Ch. F.	4	205 B
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	100 B
Grabow Stadt-Obl.	5	—